

<https://www.nius.de/Gesellschaft/allensbach-umfrage-die-deutschen-haben-mehr-angst-vor-migration-als-vor-dem-klimawandel/ae8c6c3f-bba6-455c-b623-a26d32776946> 25.8.2023

Allensbach-Umfrage: Die Deutschen haben mehr Angst vor Migration als vor dem Klimawandel

Vor was fürchten sich die Deutschen am meisten, was sind ihre größten Sorgen?

Das hat das renommierte Umfrage-Institut Allensbach im Auftrag der FAZ jetzt abgefragt – und ein bemerkenswertes Ergebnis bekommen.

Mehrfachnennungen waren möglich, ganz oben auf der Liste: Die Angst vor der Inflation (78 Prozent), also das unser Geld immer weniger wert wird. Es folgen der Ukraine-Krieg (72 Prozent) und die unberechenbare Welt- und Europalage (61 Prozent).

Auf Platz vier kommt die Sorge vor dem Flüchtlingszustrom nach Deutschland (56 Prozent), dann kommt die Verwicklung in militärische Konflikte (54 Prozent) – und dann der Klimawandel (53 Prozent).

Heißt also: Die Deutschen haben mehr Sorgen vor der Migration nach Deutschland als vor dem Klimawandel. Das ist deshalb interessant, weil die Ampel-Parteien sich stark für den Klimaschutz engagieren, aber die Migrations-Politik eher weicher als härter wird und die Berichterstattung in vielen Medien einen ähnlichen Schwerpunkt hat.

„Schlüssel zum Verständnis des Aufstiegs der AfD“

Thomas Petersen vom Allensbach-Institut [schreibt dazu in der FAZ](#): „Nicht ausgeprägt rechte AfD-Anhänger sagten zu 87 Prozent, es mache ihnen große Sorgen, dass immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen, 31 Prozentpunkte mehr als bei der Gesamtbevölkerung, 73 Prozent zeigten sich sehr besorgt darüber, ‚dass Gewalt und Kriminalität zunehmen‘, das sind 22 Prozentpunkte mehr als bei den Befragten insgesamt. Angesichts der Deutlichkeit dieses Ergebnisses kann man als

sicher annehmen, dass in der Einwanderungspolitik und im hiermit verbundenen Thema der inneren Sicherheit ein Schlüssel zum Verständnis des Aufstiegs der AfD liegt.".....

<https://test.rtde.tech/gesellschaft/177846-taegliche-wahnsinn/>

24.8.2023

Robert Habeck: Schlechte Umfrage "stimmt mit der Wirklichkeit nicht überein"

Der Bundesminister für Wirtschaft und "Klimaschutz" Robert Habeck hat die Arbeit der Bundesregierung gelobt. Im [Gespräch](#) mit dem Heute Journal des ZDF erklärte der frühere Kinderbuchautor, dass sich die Ampel mit ihren ewigen Streitereien zwar immer wieder Beine stelle, aber:

"Wenn man jetzt mal den Streit beiseitelässt, kein Schaden in der Sache. Wir kriegen das alles gut hin."

Von der Moderatorin Marietta Slomka mit dem "Warnsignal" konfrontiert, dass laut ZDF-Politbarometer 80 Prozent der Bevölkerung der Meinung seien, dass die Koalition nicht vorankomme, stimmte der Vizekanzler erst zu, um dann vehement zu behaupten, dass die Umfragen nicht mit der Realität übereinstimmten:

"Ja, dem stimme ich zu. Und das stimmt natürlich auch mit der Wirklichkeit nicht überein. Wir kommen ja voran. Wir haben gerade heute das Staatsbürgerschaftsrecht modernisiert. Deutschland wird noch attraktiver für Menschen, die zu uns kommen. Die Integrationsleistung wird noch einmal gesteigert. (...) Wir machen lauter wichtige Dinge, die auch dem Anspruch, den wir uns selbst gestellt haben, nämlich eine moderne Regierung zu sein, Fortschrittskoalition zu sein, gerecht wird."

Energieversorgung, Wirtschaft, Verkehr

<https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krise-und-insolvenzticker/>

29.8.2023

Krisen- und Insolvenzticker – Baukrise erzeugt weitere Reaktionen:
Ziegelhersteller stoppen Werke

Hersteller von Dach- und Mauerziegeln drosseln rapide ihre Produktion. Mehr als gefüllte Baustofflager und ausbleibende Nachfragen spiegeln die Krise in der Baubranche.

Laut einem Recherche-Artikel der FAZ (Bezahlschranke) beklagen immer mehr Unternehmen in diesem Bereich "einen extremen Rückgang" von Anfragen und Bestellaufträgen. Ein Geschäftsführer wird mit den Worten zitiert:

"Wir erleben derzeit einen Stillstand, den wir noch vor einem Jahr nicht für möglich gehalten haben."

Der Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie schätze laut FAZ-Anfrage die Auftragsrückgänge im ersten Halbjahr auf 35 bis 50 Prozent. Die "punktuelle Kurzarbeit" würde derzeit unter anderem genutzt, um Tunnelöfen instand zu halten.

Ernährung, Landwirtschaft

<https://www.agrarheute.com/land-leben/unwetter-bayern-verwuesten-mais-feuerwehr-warnt-gullys-freihalten-610473> 28.8.2023

Unwetter in Bayern verwüsten Mais, Feuerwehr warnt: Gullys freihalten

Unwetter mit Starkregen und Hagelschauern haben am Wochenende Süddeutschland getroffen. In Bayerisch Schwaben zerstörten die Hagelschauer zahlreiche Maisfelder. Die Feuerwehr warnt vor weiteren Unwettern.

Die Lage in Süddeutschland und vor allem am Alpenrand bleibt angespannt: Noch ist kein Ende der [Unwetter](#) in Sicht. Für die nächsten Tage werden wieder Starkregen und Hagel erwartet. Zudem schwellen die Bäche und Flüsse weiter an. Die Feuerwehren warnen vor weiteren Starkregen und raten dringend, Abflüsse, Gullys und Dachrinnen freizuhalten.

Gesellschaft, Politik

<https://www.alexander-wallasch.de/gesellschaft/die-maassen-krall-verleumdung-jetzt-wehrt-sich-markus-krall> 26.8.2023

Die Maaßen-Krall-Verleumdung: Jetzt wehrt sich Markus Krall

Telefonate zwischen Dr. Markus Krall und Dr. Hans-Georg Maaßen sind abgehört und ihr Inhalt an die Presse durchgestochen worden. Markus Krall hat sich heute hierzu auf Twitter (X) ausführlich geäußert.

[Dr. Markus Krall@Markus_Krall auf Twitter \(X\)](#)

Meine Stellungnahme zur aktuellen Berichterstattung bezüglich des abgehörten Telefonats zwischen Hans-Georg Maaßen und mir:

Jedes Mal, wenn man denkt, dass dieses Land schon maximal am Entgleisen sei, wird nachgelegt. Um Hans-Georg Maaßen zu beschädigen und einen Vorwand für seine Überwachung zu finden, wurde sein Telefonat mit mir abgehört und Chats ausgelesen und der Sachverhalt an die Presse durchgestochen.

Ich hatte ihn nach der Durchsuchung meiner Wohnung als ZEUGE (!) im Fall Reuß angerufen, um juristischen Rat einzuholen. Deutschland ist übrigens das einzige Land, welches sich Demokratie nennt, in dem Zeugen behandelt werden dürfen wie Verbrecher, ermöglicht durch den § 103 StPO. Als Zeuge hat man sogar noch weniger Rechte als ein Beschuldigter beim Thema Akteneinsicht etc. Man hat meine Wohnung mit 20 schwerstbewaffneten Polizisten und Sprengstoffhunden verwüstet, mich am Flughafen Frankfurt durchsucht, über Stunden am Flughafen festgehalten, bis auf die Unterwäsche ausgezogen, alles, was ich bei mir hatte fotografiert, auch die Bücher, die ich lese. Es könnte ja was Subversives dabei sein. In meinem Fall: Klonovsky – „Der fehlende Hoden des Führers“ und Sutton – „The Federal Reserve Conspiracy“. Jetzt auf ewig in meiner Staatssicherheitsakte.

Zu diesem Zeitpunkt ergab sich aus der staatsanwaltlichen Aktenlage bereits, dass ich mit dem Vorgang einer angeblichen Reuß-Verschwörung nichts zu tun haben konnte. Das hinderte die Behörden nicht an der kompletten Abschaffung meiner Privatsphäre, dem Abhören meiner Telefonate, der Auswertung meiner elektronischen Kommunikation von Chat bis E-Mail und es hinderte bisher unbekannte Mitarbeiter der Behörde nicht, all diese privaten Daten selektiv und zielgerichtet zusammengestellt an die Presse durchzustechen, um den Eindruck einer Schuld, die man bei aller Durchleuchtung meiner Person nicht feststellen konnte, wenigstens durch Verdachtsberichterstattung zu erwecken.

Das auch die Arbeit von Behördenmitarbeitern, die sich um Korrektheit und Rechtsstaatlichkeit in einem schwierigen Umfeld bemühen so desavouiert und entwertet wird, interessiert solche „Kollegen“ offenbar nicht.

Die Akten mit meinen persönlichen Daten umfassten auch meine Steuerakten, die man illegal an die ZEIT-Online durchstach und die dazu die Falschinformation enthielten, dass ich Coronabeihilfen von 19.000 Euro erhalten hätte. Ein Gericht in Hamburg war der Meinung, dass die ZEIT sich auf ein amtliches Dokument berufen könne, auch wenn es nicht wahr ist, was drin steht. Damit wurde die Lüge amtlich.

Das Land Hessen, durch Klage meinerseits über die Falschbehauptung der eigenen Steuerfahndung aufgeklärt, lässt es auf einen Prozess ankommen, anstatt die Lüge freiwillig zu korrigieren.....

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundeskabinett-beschliesst-den-entwurf-zum-selbstbestimmungsgesetz--229610>

23.8.2023

Bundeskabinett beschließt den Entwurf zum Selbstbestimmungsgesetz

.....Am 23. August hat das Bundeskabinett den [Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften \(Selbstbestimmungsgesetz\)](#)

beschlossen. Das Bundesfamilienministerium und das Bundesjustizministerium haben gemeinsam den Entwurf erarbeitet. Transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen sollen in Zukunft die Möglichkeit haben, ihren Geschlechtseintrag im Personenstandsregister durch eine einfache Erklärung beim Standesamt ändern zu lassen.

Die wichtigsten Regelungen

Das [Selbstbestimmungsgesetz](#) soll das Transsexuellengesetz ablösen, das 1981 in Kraft getreten ist. Es gilt als entwürdigend, überholt und ist in wesentlichen Teilen verfassungswidrig. Das neue Gesetz ermöglicht es transgeschlechtlichen, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen, ihren Geschlechtseintrag im Personenstandsregister durch eine einfache Erklärung beim Standesamt ändern zu lassen. Es soll keine Regelungen zu geschlechtsangleichenden medizinischen Maßnahmen treffen.

Die wesentlichen Regelungsinhalte des Entwurfs sind:

□ Änderung von Geschlechtseintrag und Vornamen durch "Erklärung mit Eigenversicherung": Um eine Änderung ihres Geschlechtseintrags und ihrer Vornamen im Personenstandsregister zu bewirken, sollen transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen künftig kein gerichtliches Verfahren mehr durchlaufen müssen. Auch die Einholung von Sachverständigengutachten soll keine Voraussetzung mehr für eine Änderung sein.

Ausreichend hierfür soll vielmehr eine sogenannte "Erklärung mit Eigenversicherung" gegenüber dem Standesamt sein. In der Erklärung hat die antragstellende Person zu versichern, dass die beantragte Änderung ihrer Geschlechtsidentität am besten entspricht und ihr die Tragweite der durch die Erklärung bewirkten Folgen bewusst ist.

Für Minderjährige sollen folgende Regelungen gelten:

Für Minderjährige bis 14 Jahre sollen die Sorgeberechtigten die Änderungserklärung abgeben können; die Minderjährigen sollen sie nicht selbst abgeben können.

Minderjährige ab 14 Jahre sollen die Änderungserklärung selbst abgeben können. Deren Wirksamkeit soll allerdings die Zustimmung der Sorgeberechtigten voraussetzen. Die Zustimmung soll durch das Familiengericht ersetzt werden können. Maßstab dabei soll - wie im Familienrecht allgemein - das Kindeswohl sein.

Eintragung als "Elternteil" in der Geburtsurkunde: Eltern soll die Eintragung "Elternteil" anstelle von "Vater" oder "Mutter" in der Geburtsurkunde ihrer Kinder ermöglicht werden.

<https://mexicodailypost.com/2023/08/23/oaxaca-migrants-collapse-services-in-eight-municipalities/> 23.8.2023

Oaxaca: Migrants Collapse Services in Eight Municipalities

Oaxaca: Migranten bringen Dienstleistungen in acht Gemeinden zum Kollaps

Innerhalb eines Jahres hat der Migrationsstrom, der das Gebiet von Oaxaca durchquert, verschiedene Dienstleistungen in sechs Gemeinden am Isthmus von Tehuantepec zusammenbrechen lassen und die Schwäche der kommunalen Behörden in Bezug auf die medizinische und gesundheitliche Versorgung offengelegt.

Von der Grenzbrücke zwischen Oaxaca und Chiapas, in Los Corazones, über fast 120 Kilometer entlang der Panamerikanischen Landstraße, zu Fuß, in Motorradtaxis, Taxis oder per Anhalter, durchqueren die Menschen auf der Durchreise - Männer, Frauen und Minderjährige aus mindestens 16 Ländern von drei Kontinenten - fünf östliche Gemeinden, bevor sie Juchitán erreichen.

Nach offiziellen Angaben der Regierung von Oaxaca haben allein von Mai bis August mehr als 56.000 Migranten den Bundesstaat durchquert, die meisten davon im Juli. Im Modul San Pedro Tapanatepec wurden in diesem Zeitraum mehr als 4.000 Menschen versorgt.

Erst letzte Woche hat die Regierung des Bundesstaates eingeräumt, dass Probleme entstanden sind, die die Bürger betreffen, da viele Ausländer für mehrere Tage in den Städten am Isthmus von Tehuantepec stationiert bleiben, was die Versorgung der Einheimischen erschwert.

<https://www.alexander-wallach.de/gesellschaft/die-maassen-krall-verleumdung-jetzt-wehrt-sich-markus-krall> 26.8.2023

Die Maaßen-Krall-Verleumdung: Jetzt wehrt sich Markus Krall

Telefonate zwischen Dr. Markus Krall und Dr. Hans-Georg Maaßen sind abgehört und ihr Inhalt an die Presse durchgestochen worden. Markus Krall hat sich heute hierzu auf Twitter (X) ausführlich geäußert.

[Dr. Markus Krall@Markus_Krall auf Twitter \(X\)](#)

Meine Stellungnahme zur aktuellen Berichterstattung bezüglich des abgehörten Telefonats zwischen Hans-Georg Maaßen und mir:

Jedes Mal, wenn man denkt, dass dieses Land schon maximal am Entgleisen sei, wird nachgelegt. Um Hans-Georg Maaßen zu beschädigen und einen Vorwand für seine Überwachung zu finden, wurde sein Telefonat mit mir abgehört und Chats ausgelesen und der Sachverhalt an die Presse durchgestochen.

Ich hatte ihn nach der Durchsuchung meiner Wohnung als ZEUGE (!) im Fall Reuß angerufen, um juristischen Rat einzuholen. Deutschland ist übrigens das einzige Land, welches sich Demokratie nennt, in dem Zeugen behandelt werden dürfen wie Verbrecher, ermöglicht durch den § 103 StPO. Als Zeuge hat man sogar noch weniger Rechte als ein Beschuldigter beim Thema Akteneinsicht etc. Man hat meine Wohnung mit 20 schwerst-

bewaffneten Polizisten und Sprengstoffhunden verwüstet, mich am Flughafen Frankfurt durchsucht, über Stunden am Flughafen festgehalten, bis auf die Unterwäsche ausgezogen, alles, was ich bei mir hatte fotografiert, auch die Bücher, die ich lese. Es könnte ja was Subversives dabei sein. In meinem Fall: Klonovsky – „Der fehlende Hoden des Führers“ und Sutton – „The Federal Reserve Conspiracy“. Jetzt auf ewig in meiner Staatssicherheitsakte.

Zu diesem Zeitpunkt ergab sich aus der staatsanwaltlichen Aktenlage bereits, dass ich mit dem Vorgang einer angeblichen Reuß-Verschwörung nichts zu tun haben konnte. Das hinderte die Behörden nicht an der kompletten Abschaffung meiner Privatsphäre, dem Abhören meiner Telefonate, der Auswertung meiner elektronischen Kommunikation von Chat bis E-Mail und es hinderte bisher unbekannte Mitarbeiter der Behörde nicht, all diese privaten Daten selektiv und zielgerichtet zusammengestellt an die Presse durchzustechen, um den Eindruck einer Schuld, die man bei aller Durchleuchtung meiner Person nicht feststellen konnte, wenigstens durch Verdachtsberichterstattung zu erwecken.

Das auch die Arbeit von Behördenmitarbeitern, die sich um Korrektheit und Rechtsstaatlichkeit in einem schwierigen Umfeld bemühen so desavouiert und entwertet wird, interessiert solche „Kollegen“ offenbar nicht.

Die Akten mit meinen persönlichen Daten umfassten auch meine Steuerakten, die man illegal an die ZEIT-Online durchstach und die dazu die Falschinformation enthielten, dass ich Coronabeihilfen von 19.000 Euro erhalten hätte. Ein Gericht in Hamburg war der Meinung, dass die ZEIT sich auf ein amtliches Dokument berufen könne, auch wenn es nicht wahr ist, was drin steht. Damit wurde die Lüge amtlich.

Das Land Hessen, durch Klage meinerseits über die Falschbehauptung der eigenen Steuerfahndung aufgeklärt, lässt es auf einen Prozess ankommen, anstatt die Lüge freiwillig zu korrigieren.....

